

SED tief beunruhigt

Stalinistische Erziehung gefährdet Ulbrichts Parteikonferenz

Was die SED befürchten mußte, ist nunmehr eingetreten. Die jahrelange stalinistische Erziehung der Funktionärskader hat den Parteiapparat unfähig gemacht, den neuen Chruschtschow-Kurs Moskau zu begreifen. Die am Sonnabend beginnende III. SED-Parteikonferenz wird mit internen Auseinandersetzungen belastet, die Ulbricht gerade in diesem Augenblick vermeiden wollte. So verquickt sich die große politische Aufgabenstellung der SED in der Sowjetzone im ungeeignetsten Moment mit einer tiefgreifenden ideologischen Unsicherheit, die alle Arbeit in Partei und Staatsapparat zu lähmen droht. Wer in diesen Tagen mit Kommunisten spricht, weiß, daß eine solche Darstellung nicht übertrieben ist.

Der Stein kam ins Rollen, als Ulbricht die Ostberliner SED-Bezirksdelegierten - Konferenz zur Plattform seiner neuen, antistalinistischen Thesen machen wollte. Seine Rede war bereits eine Interpretation der interneren, nur für die sowjetische Partei gehaltenen Rede Chruschtschows. Ohne ideologische Vorbereitung vor einem Gremium stalinistisch erzogener Funktionäre eine Rede zu halten, konnte nicht gutgehen.

Was selbst informierte Beobachter für unmöglich hielten, trat ein. Junge, aus der FDJ hervorgegangene Staatsfunktionäre traten auf und erklärten: „Wir sind von Stalin, im Geiste Stalins erzogen worden! Wir glauben nicht, daß alles falsch gewesen sein soll!“ Jede Diskussion über wirtschaftliche und technische Fragen wurde überschattet von der Auseinandersetzung um Stalin. Und was in Ostberlin geschehen war, verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Sowjetzone. Überall in den Parteibüros und den Dienststellen der Regierung wurde die Rede Ulbrichts diskutiert. Es schien, als habe man überhaupt erst jetzt erkannt, was hier und in Moskau geschehen war.

Unter diesen Vorzeichen beginnt eine der bisher entscheidendsten Konferenzen der SED.

Ihr ursprüngliches Ziel war, den neuen Fünfjahrplan zu beschließen, eine neue Deutschland-Politik zu interpretieren und gewisse Dinge im Parteiapparat, die mehr auf personeller Linie lagen, zu bereinigen. Aus dieser Perspektive heraus hatte sich die SED-Mitgliedschaft überhaupt nicht für die III. Parteikonferenz interessiert.

Jetzt muß man fragen!

Diese nun beginnende Konferenz ist keine interne SED-Angelegenheit. Sie faßt Beschlüsse, die für alle Kreise der Sowjetzone von einschneidender Bedeutung sind. Da man andererseits die unpolitische Bevölkerung niemals mit dem Mythos Stalins verschonte, ist die SED gezwungen, auch diese Auseinandersetzung öffentlich zu führen.

Elf Jahre haben die Bewohner der Zone im Schatten Stalins gelebt. Sein Bild bedrohte sie noch, als der jetzt Verurteilte bereits gestorben war. Wegen ihrer Kritik an Stalin gingen Tausende sowjetzonaler Kommunisten ins Zuchthaus und nach Sibirien.

Jetzt ist die Stunde gekommen, wo gesprochen werden darf und muß! Jetzt kann auch der malträtierte Bürger mit dem harmlosesten Gesicht der SED jene Fragen stellen, für die er

gestern noch Zuchthaus riskierte. Alles, was unter dem Regime Ulbricht geschehen ist, hatte seine Parallele bzw. sein Vorbild in den Maßnahmen Stalins für die Sowjetunion. Chruschtschow und seine Mitregenten haben diese Maßnahmen als falsch, gefährlich und revisionsbedürftig erklärt. Was aber wurde nicht alles in der Sowjetzone unter dem Namen Stalins getan? Warum haben Ulbricht und seine Kumpane die Partei, den Staatsapparat und die Bevölkerung jahrelang irreführt? Warum wurden die jungen Funktionäre, obwohl man Stalins Fehler angeblich erkannt haben will, orthodox stalinistisch erzogen, so daß sie heute selbst bei gutem Willen gar nicht mehr umdenken könnten? Was soll die „Domovina“ als Ausdruck stalinscher „Nationalitätenpolitik“? Was soll der 17. Juni, wenn die Ursachen, die dazu geführt haben, heute eigentlich selbstkritisch erkannt werden müßten?

Parole: Abwarten!

Man darf mit Spannung diese Parteikonferenz erwarten. Was hier nicht gesagt wird, werden wir später hören, wenn man die Konferenzbeschlüsse in den unteren Instanzen diskutiert. Wir jedenfalls werden über diese Parteikonferenz berichten, mit Informationen, die nicht im „Neuen Deutschland“ stehen. Hier bahnen sich Dinge an, die noch nicht zu Ende gedacht worden sind. Darum: Die Parole heißt abwarten! Die SED ist tiefer getroffen, als es den Anschein hat. Und es kann leicht sein, daß sich mancher SED-Mann in diesen Tagen wieder darauf besinnt, daß er in erster Linie einmal Deutscher gewesen ist. . .

Der Prüfstein

DT. Wie lange noch wird Ostberlins Renommierstraße, die Stalinallee, ihren Namen tragen? Das ist sicherlich das geringste unter den peinlichen Problemen, die bei der SED der Lösung harren, nachdem nun auch Ulbricht ganz im scharfen Chruschtschow-Tone mit dem toten Josef Wissarionowitsch abgerechnet hat — dem er devot zehn Jahre lang täglich Tribut gezollt hat. Doch unterlassen wir eine psychologische oder gar moralische Untersuchung von Charakteren, die heute mit unschuldvoller Empörung den verurteilen, dessen handlangende Ausführungsorgane sie willig gewesen sind und sich jetzt nicht einmal nach bewährtem Muster auf die „Befehle von oben“ berufen, die sie in der stalinistischen Zeit wider besseres Wissen ausgeführt haben. Von Chruschtschow bis Ulbricht tut man so, als sei man in der Zeit der blutigen Terrorakte und des nicht minder blutig sich auswirkenden Personenkults gar nicht dagewesen. Die aber heute in Moskau und Pankow den toten Diktator anklagen, klagen auch sich selbst an. Sie möchten jedenfalls, ohne die von ihnen sooft beschworene Selbstkritik praktiziert zu haben, einen Strich unter ihre Vergangenheit setzen. Auf ihre Zukunft darf man gespannt sein.

Doch es genügt nicht, diesen Vergangenheits-Schlußstrich so einfach zu ziehen; eine bessere und vertrauenerweckende Zukunft läßt sich nicht aufbauen, solange die alten Fehler nicht korrigiert sind und die Verbrechen keine Wiedergutmachung erfahren haben. Man kann Ermordete nicht wieder lebendig machen, aber man kann Gefängnistüren öffnen. Und zwar in der Sowjetunion und in den Satellitenländern, die genauso unter dem stalinistischen Terror gelitten haben. In der sowjetischen Besatzungszone beispielsweise leben oder vegetieren noch 20 000 politische Häftlinge in überfüllten Zuchthäusern. Solange ihre Terrorurteile nicht aufgehoben werden, solange diese Opfer des selbst von

Ulbricht jetzt kritisierten Staatssicherheitsdienstes nicht frei sind nebst all denen, die durch Direktaktionen und Menschenraub des SSD angeblich spurlos verschwanden — so lange bleiben alle Berichte Ulbrichts vom XX. Parteikongreß in Moskau leeres Gerede, um der Welt, und nicht zuletzt den Auftraggebern im Kreml, eine Wandlung des DDR-Systems nach Moskauer Muster im Sinne von Recht und Menschlichkeit vorzutauschen.

Das gilt auch für alle Anbiederungsversuche im Berliner Bereich. Vereinte Hände, Volksfrontgespräche, Aktionsgemeinschaften — das sind hier abgegriffene Münzen ohne Wert. Ulbricht weiß das, und wenn er sie trotzdem wieder mit einem Schielen auf die Sozialdemokraten gebraucht, so ist das nichts anderes als ein Nachmachen dessen, was vielleicht in Paris oder Rom gewisse Aussichten haben mag, im übrigen aber lediglich eine Ausführung der allgemeinen Richtlinien des Moskauer Parteikongresses bedeutet. So jedenfalls erreicht man in Berlin nicht die Entspannung, von der Ulbricht spricht. Er wird seine SED veranlassen, sich erneut an die Sozialdemokraten und an die Gewerkschaften heranzuschlingeln, um deren abweisendes Benehmen dann zum Anlaß zu nehmen, die Sowjets von der Böswilligkeit der Westberliner und der Nutzlosigkeit einer Entspannungspolitik in dieser Stadt zu überzeugen. Wer den versierten Stalin-Schüler Ulbricht kennt, weiß ihn jedenfalls nie frei von solchen Hintergedanken. Und deshalb wird es für alle, vor allem aber für die sowjetische Führung, gut sein, in der nächsten Zeit sehr genau darauf zu achten, wer eine wirkliche Entspannung Berlins fördert und wer sie durch absichtlich falsches Taktieren sabotiert.

Die Entspannung Berlins, zu der sich soeben Ulbricht mit Worten bekannte, ist weit mehr als eine intern-berliner, oder nur deutsche Angelegenheit. Sie ist der Prüfstein für die Wahrfähigkeit der sowjetischen Neuorientierung in der Richtung auf jene alten Werte, die von Stalin liquidiert worden waren

zum Schaden des russischen Ansehens in aller Welt. Man irrt, wenn man annimmt, daß die Sowjets im Nahen Osten und in Nordafrika ihre werbende Politik um die Araber aufgeben könnten, um ihren guten Willen zu demonstrieren. Die Sowjets werden im Gegenteil überall in politisch labilen Gebieten außerhalb des sowjetischen Blocks einen verstärkten Einsatz merken lassen, weil dieser „friedliche Wettbewerb“ mit politisch-wirtschaftlichen Mitteln ja gerade ein Bestandteil der von ihnen propagierten Koexistenz ist. Nein, zum Prüfstein der neuen Gesinnung sind die Länder des Sowjetblocks selbst geworden und die unmittelbar angrenzenden westlichen Gebiete. Die Blicke richten sich auf die Zone. Der Kernpunkt ist Westberlin.

Sollen wir glauben, daß hier eine Periode beginnt, die zwar nicht die Entspannung bringen wird, jedoch wenigstens eine Beendigung der zahllosen Schikanen, mit denen sich Ulbricht und die Seinen immer wieder in ihrer Macht zu bestätigen suchten, und die bisher jede Annäherung zunichte machten? Wir wollen und dürfen auf eine Periode der erleichterten und verbesserten Bedingungen hoffen, wenn durch konkrete Methoden das Sicherheitsgefühl gestärkt und der Abbau der anomalen Zustände erfolgt, mag das östlicherseits auch nur langsam und schrittweise geschehen. Aber mit einem großen politischen Palaver der Funktionäre eine Entspannungs-Initiative ergreifen zu wollen, hieße das Gegenteil bewirken. Von Entspannung ist oft geredet worden. Jetzt, da die sowjetische KP ihren sensationellen Umstellungsprozeß durchmacht, gewinnt allerdings die Forderung nach Entspannung eine besondere Bedeutung. Wenn die Beweise für den Willen zur Entspannung dort ausbleiben, wo sie erbracht werden müßten, nämlich in Berlin und in der Zone, dann wäre es für die Sowjets freilich besser gewesen, diesen Begriff nicht zu koppeln mit ihren Anstrengungen nach neuer Vertrauenswürdigkeit.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Bulganins Londoner Programm

Auch Deutschland-Besprechungen

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Eden hat nunmehr im Unterhaus das offizielle Programm für den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin und des Parteichefs Chruschtschow bekanntgegeben. Danach werden die sowjetischen Gäste am 18. April in England eintreffen und voraussichtlich bis zum 27. April bleiben. Für politische Gespräche ist, wie Eden sagte, „geraume Zeit“ offengehalten. Zweck des Besuches sei, die „vielen Fragen zu erörtern, die heute die Welt spalten“.

In unterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß sich die Gesprächspartner, nachdem sie in den ersten Tagen das politische Klima geprüft haben, am Konferenztisch mit den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, der Abrüstungsfrage und der Lage im Nahen Osten befassen werden. Möglicherweise wird auch die Frage der Wirtschaftsbeziehungen und eines kulturellen Austausches zur Sprache kommen.

Neben den politischen Gesprächen wird die Zeit des Besuchs mit einer Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen ausgefüllt sein. Die sowjetischen Gäste werden von Königin Elizabeth auf Schloß Wind-

Aufklärungsaktion in der UdSSR

Die Armee steht hinter Chruschtschow

Moskau (DPA/AP). In der gesamten Sowjetunion ist eine umfassende Aufklärungsaktion gestartet worden, um die sowjetische Bevölkerung über die Bedeutung des XX. Parteikongresses der KP aufzuklären und die sensationelle Rede Chruschtschows und sein Abrücken vom Stalinismus zu erläutern. Vor je rund 50 000 Werk tätigen zweier Moskauer Industrierwerke sprachen die stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan und Perwuchin. In großen Gewerkschafts- und Parteiversammlungen wird Chruschtschows Rede eingehend diskutiert.

Im Rahmen dieser Volksaufklärungsaktion wird zur Zerstörung des Stalin-Nimbus' ein Film gezeigt mit dem Titel: „Die unsterbliche Garnison“. Die Handlung spielt an der westlichen Grenze der Sowjetunion kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten im Sommer 1941 und will die mangelnde Kriegsvorbereitung beweisen, an der die Versäumnisse der obersten Führung, also Stalins, schuld gewesen sei. Nach Ansicht politi-

scher Sachkenner ist die Vorführung dieses Films ein Zeichen dafür, daß auch die sowjetische militärische Führung hinter dem Umerziehungsprogramm Chruschtschows steht. Das bestätigt auch der Spezialkorrespondent der „New York Times“, der die Vermutung ausgesprochen hat, daß die Sowjetarmee bei dem gegenwärtigen Anti-Stalinkurs hinter den Kulissen eine entscheidende Rolle spiele. Es verlautet, daß Marschall Schukow die Kommunistische Partei aufgefordert habe, die „Ehre der Roten Armee wiederherzustellen“.

Nach einem Reuterbericht aus Moskau wird jetzt auch die Herausgabe neuer Geschichtsbücher vorbereitet, in denen die Rolle der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg „objektiv“ dargestellt werden soll.

Eisenhower als Vermittler?

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat Großbritannien und Griechenland angeboten, im Zypern-Konflikt zu vermitteln. Die Lösung selbst müsse jedoch von den beiden Ländern gefunden werden.

Fremdarbeiter als KP-Agitatoren

Zürich (DPA). Die Schweizer Polizei ist angewiesen worden, künftig gegen eine etwaige Wührarbeit kommunistischer Fremdarbeiter in der Schweiz einzuschreiten. In der Schweiz arbeiten zur Zeit 300 000 Ausländer, von denen etwa vier Fünftel Italiener sind. Ein großer Teil von diesen gehört der Kommunistischen Partei an und ist nach Mitteilung des Züricher Polizeidirektors auch politisch tätig.

Die Pressefreiheit in Asien

Tokio (DPA). Auf der in Tokio tagenden Konferenz des

Internationalen Presseinstitutes wurde die Pressefreiheit in Asien erörtert. Die Delegierten waren der Ansicht, daß die Lage für die Presse im allgemeinen in dieser Hinsicht außerhalb der kommunistischen Länder gut sei. Der Chefredakteur einer indischen Zeitung sprach im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit in Rotchina von einem „Schrecken und Terror“ und schlug vor, Vertreter Rotchinas zur Konferenz einzuladen.

An der Tagung nehmen etwa 300 Pressevertreter aus Asien, Amerika und Europa teil.

Neue internationale Mannschaften

1947. In Berlin wurde eine viertägige Tagung des Kultur-ausschusses der Internationalen Union christlicher Demokraten abgehalten. Die drei Buchstaben NEI sind die Anfangsbuchstaben ihres französischen Namens aus der Zeit des Beginns: Nouvelles Equipes Internationales. Dieser simple Name „Neue internationale Mannschaften“ war der Ausdruck neuen politischen Willens in den christlichen Lagern West- und Mitteleuropas. Die Politiker, die sich in Frankreich, in Belgien, in der Schweiz, in Italien usw. zusammenfanden, waren getrieben von dem Wunsch neuer und echter internationaler, vor allem europäischer Solidarität. Ihr Antrieb kam aus dem Erleben und Erleiden atheistischer Systeme und Ideologien und aus dem Willen, ein freies und stabiles Europa auf der einzig festen Grundlage christlicher Weltanschauung aufzubauen.

Der politische Aufschwung, den die christlich-demokratischen Bewegungen nach 1945 nahmen, führte fast automatisch zu internationaler Zusammenarbeit, in die auch wir Deutsche schon zu einer Zeit einbezogen wurden, als es von Deutschland offiziell nichts als Besatzungszonen gab. Inzwischen ist zwar mancher Rauheif über die europäischen Hoffnungen der ersten Jahre gekommen. Doch ist der Anschauungsunterricht, den die Welt ringsum bietet, deutlich

genug, um immer wieder zur Besinnung auf europäische Gemeinschaft anzuheften. Namen wie Robert Schuman, der langjährige französische Außenminister, und Amintore Fanfani, der vielgenannte Generalsekretär der Democrazia cristiana Italiens — beide nahmen an der Tagung teil —, rechtfertigten die Zuversicht, daß hier nicht Schwärmertum, sondern politische Zähigkeit, verbunden mit Wirklichkeitssinn, am Werk ist.

Der belgische Staatsminister de Schryver, der Präsident der NEI, hat die Tagung nicht nach Berlin berufen, um Proklamationen zu verkünden. Man wollte der Problematik des Ost-West-Verhältnisses näherkommen durch intensive Beschäftigung mit aufschlußreichen Tatsachen. Und dazu ist Berlin — Naht und Trennungsstrich zugleich —

besonders geeignet. Hier kann man unmittelbar erkennen und vergleichen. Hier bewahrt die harte Wirklichkeit auch vor Illusionen und leichten Reden. Die Teilnahme von Vertretern christlich-demokratischer Gruppen Osteuropas, die jetzt politische Flüchtlinge sind, sollte eigentlich ein übriges tun, um dem guten Willen der freien Europäer auch die nötige Entscheidung und Geschlossenheit hinzuzufügen. Daß es dabei nicht auf scharfmacherische Tendenz ankommt, sondern auf ein nüchternes, aber zuverlässiges Prüfen der politischen Möglichkeiten, versteht sich von selbst. Die Tagung fand ja in einem Augenblick statt, da sich in der kommunistischen Welt bemerkenswerte Dinge zeigten. Die NEI wollte gerade durch ihr Gespräch in Berlin einen Beitrag zur Erkenntnis der gegenwärtigen Situation gewinnen,

Deutsche Anfrage in Moskau

Erste Liste mit tausend Namen überreicht

Berlin (DPA). Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Haas, hat der sowjetischen Regierung eine Liste mit den Namen von etwa tausend Deutschen überreicht, von denen die Bundesregierung annimmt, daß sie sich noch in der Sowjetunion befinden. Die Liste wurde in Bonn zusammengestellt, da sich die Sowjetregierung bei den Verhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer im September bereit erklärt hatte, nach Deut-

schen in der Sowjetunion zu forschen, sofern die Bundesregierung die Namen nennen könne.

Anfang März hatte Bundesvertriebenenminister Prof. Oberländer mitgeteilt, daß eine erste Liste von noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen fertiggestellt worden sei. Sie enthalte die Namen sowohl von ehemaligen Kriegsgefangenen als auch von anderen Deutschen. Es sei festgestellt worden, daß „vor einer gewissen kurzen Zeit“ noch deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion waren, die noch entlassen worden seien.

Das Kuratorium an Sorin

Forderung nach Freilassung deutscher Häftlinge

Bonn (Eigenmeldung). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat ein Schreiben an den Sowjetbotschafter Sorin gerichtet, in dem unter Berücksichtigung seiner Bemühungen um die Repatriierung der in der Bundesrepublik inhaftierten sowjetischen Staatsangehörigen die Freilassung der von sowjetischen Instanzen verurteilten Deutschen gefordert wird. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß das Unteilbare Deutschland und seine zahlreichen Ortskuratorien mit wachsender Sorge sehen, daß diesen Häftlingen, die seinerzeit

in einem ungeteilten Deutschland verurteilt worden waren, nach wie vor die Rückkehr in die Freiheit verwehrt bleibt. Es wird angesichts der Bemühungen Sorins um seine eigenen Landsleute ein vergleichbares Verfahren und die rasche Freilassung der Deutschen verlangt, die von sowjetischen Instanzen verurteilt wurden.

Tunesien unabhängig

Paris (DPA). Die Unabhängigkeit Tunesiens ist jetzt offiziell in Paris verkündet worden.

Positives Echo auf Kanzler-Note

Bonn (DPA). Das Schreiben des Bundeskanzlers Dr. Adenauer an die Regierungschefs der drei Westmächte, in dem er um Unterrichtung über die Abrüstungsverhandlungen in London gebeten hat, hat nach Verlautbarung zuständiger Stellen in Bonn ein positives Echo gefunden. In Bonn wird damit gerechnet, daß die westlichen Regierungschefs in Kürze dem Bundeskanzler antworten werden,

So sind sie wirklich:

„Berlin muß doch kleinzukriegen sein!“

Im August 1953 wurde ein bis dahin wenig bekannter Alfred Neumann als Nachfolger des gestürzten Ostberliner SED-Chefs Hans Jendretzky eingesetzt. Der wie ein Sparkassenangestellter wirkende Mann ging mit einem Elan in dieses Amt, daß man meinen mochte, er wolle Berlin ganz allein aus den Angeln heben. Ein Zitat von ihm ist verbürgt. Als er die Erbschaft Jendretzky's und die fast unlösbaren Probleme der Ostberliner SED-Bezirksleitung gewährte, erklärte er hoffnungsfroh und verwundert zugleich: „Aber, aber, Berlin muß doch kleinzukriegen sein!“

Jetzt, vor wenigen Tagen auf der Ostberliner SED-Bezirksdelegiertenkonferenz, schien er sichtlich kleinlauter geworden. Nicht mehr vom „Kleinkriegen“ war die Rede, sondern davon, daß man mit Westberlin „wohlthuende Beziehungen“ aufnehmen müsse. Doch das sind Dinge, die auf einem anderen Blatt stehen. Hier soll von Alfred Neumann, einem seltsamen „Radikalinski“ in der deutschen KP, die Rede sein.

„Wo's knallt...!“

Neumann ist 56 Jahre alt. Sohn eines Berliner Arbeiters, erlernte er das Tischlerhandwerk und wurde Funktionär in der Arbeitersportbewegung und im „Rotfrontkämpferbund“. Erst 1929, mit 30 Jahren, kam er zur KPD. Thälmann lehnte ihn wegen einer dunklen Affäre aus der roten Sportbewegung ab. 1933 gehörte Neumann zur Gruppe „Achmed“, einer illegalen Organisation der aufgelösten KPD. Als er aufflog, ging er über Prag nach Paris und kämpfte anschließend im spanischen Bürgerkrieg. Sein Lieblingswort: „Wo's knallt, da muß ich hin!“ Irgendwie versucht er seine äußerliche Erscheinung durch betontes Raubkautem zu kompensieren.

In Frankreich interniert, liefert ihn die Vichy-Regierung 1940 an die Gestapo aus und Neumann wird zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 befreit ihn die Sowjets aus dem

ALFRED NEUMANN



Zuchthaus Brandenburg. Er geht wieder in die KPD und wird auf dem Vereinigungstag 1946 SED-Sekretär im Westberliner Bezirk Neukölln. Im April 1950 holt ihn die damalige SED-Landesleitung Berlin als kommunalpolitischen Referenten. Genau ein Jahr später glaubt sie einen besonders klugen Schachzug zu tun, indem sie den „Westberliner“ Neumann als zweiten Ost-Oberbürgermeister nominiert.

Ein Multifunktionsär

Neumann wird das abschreckende Beispiel des Multifunktionsär's. Ein Sammelsurium verschiedenster Ämter und Funktionen vereinigt sich in seiner Person. Er ist Magistrats- und Parteifunktionär, aber beides nur je zur Hälfte. Die Kommunalpolitiker bewundern seine Dummheit und die Parteileute werfen ihm vor, daß er eigentlich direkt ein Magistratsbeamter geworden sei.

Dieser Zwiespalt endet, als die SED kurz nach dem 17.-Juni-Aufstand ihren Ostberliner SED-Chef Jendretzky abberufen muß. Das Erbe ist düster, die Westberlin-Politik der SED hoffnungslos verfahren. Im Ostsektor: Unruhe und wirtschaftliche Stagnation. Die Parteiorganisation: Schwieriger

als in der doch etwas isolierteren Zone anzuleiten.

Neumann ist Parteimann und Mitglied der Ostberliner „Volksvertretung“. Wieder regiert er auf zwei Stühlen. Praktisch steht er über dem Ost-Oberbürgermeister Ebert. Im April 1954, auf dem IV. Parteitag der SED, hat der Spätkommunist Neumann das höchste für ihn mögliche Ziel erreicht: Er wird Mitglied des Zentralkomitees und sogar Kandidat des Politbüros. Als Volkskammerkandidat hat er den Bezirk Potsdam zu vertreten. Man ist „wer“, man macht Politik...

Kein „dreifach Hoch“

Aber es gibt kein „dreifach Hoch“ auf den Parteigenossen Neumann. Die Westberliner Wahlen 1954 sind der erste Schlag, der ihn fast zu Boden streckt. Neumann hat auf dieser letzten Bezirkskonferenz vergangene Woche seine „grundsätzlichen Fehler“ eingestanden. Nun, hätte er sie nicht begangen, wäre die SED auch nicht stärker aus diesen Wahlen hervorgegangen. Westberlins Bevölkerung urteilt nicht nach einem Neumann oder seinen mehr oder weniger falschen Worten, sondern nach dem, was ihr der Komplex SED als Ganzes zu sagen hat. Neumann gehörte zu jenen, die glaubten, man könne in Berlin wie im spanischen Bürgerkrieg verfahren. Ein paar Hundertschaften auf den Gesundbrunnen geworden, „mal kurz Neukölln ausgeräumt“ und bei jeder passenden Gelegenheit so ein bißchen die ihm nicht zugängliche Gegend terrorisiert. Heute, wo er die Quittung zu lesen vermag, ist Neumann wieder der sanfte Mann von der SED-Bezirksleitung.

Es muß bezweifelt werden, ob dem Neumann diese Verwandlungsfähigkeit weiterhin helfen kann. Er bleibt am Ruder, wir werden neue Töne von ihm hören. Aber er fährt die Berlin-Politik der SED ganz zwangsläufig immer weiter auf ein totes Gleis. Neumann ist Berliner, aber Berlin — das hat er nie begriffen...

Die Tragikomödie von Leuna

Ulbrichts alte Sünden werden diskutiert

Nur wenige Altkommunisten mögen den ganzen Sinn jener Tragikomödie begriffen haben, die am letzten Sonntag in Leuna und im Mansfelder Land über die Szene ging. Bewaffnete „Kampfgruppen“ der SED feierten den 35. Jahrestag des „Mitteldeutschen Aufstandes“. Jenes blutigen Unternehmens, das als eine der größten Fehlaktionen des Kommunismus in die Geschichte eingegangen ist. Diesmal aber war interessant, daß zum ersten Male seit 1933 — wenn auch erst nur andeutungsweise — die Schuld Ulbrichts an dem katastrophalen Ausgang dieses Aufstandes zur Diskussion gestellt worden ist. Zugleich wurde hier ein politisches Moment zum Ausdruck gebracht, daß mehr als aufschlußreich sein kann.

Ein kleiner Rückblick in die Geschichte: Etwa um 1920 war der Kommunismus in Deutschland auf ein totes Gleis gelangt. Sowjetrußland hatte den polnischen Feldzug verloren, die deutsche KP, aus der „Spartakus“ rekrutiert, drohte in zahlreiche opponierende und miteinander im Meinungsstreit liegende Gruppen zu zerfallen. Der Kreml schickte Beobachter, unter ihnen Radek, nach Deutschland, um die Lage zu sichten.

Ulbricht provozierte

Von der Berliner Parteizentrale wurden die Bolschewiki ins Mansfelder Gebiet geschickt, in dem sich die sozialen Spannungen bedrohlich verschärften. Hier amtierte Ulbricht als Parteisekretär. Seinen Einfüsterungen glaubend, berichteten die Sowjetemissäre nach Moskau: „Die Zeit für einen bewaffneten Aufstand ist gekommen!“

Ulbricht unterstützte diese Ansicht durch Provokationen. Er ließ es zu beabsichtigten Zusammenstößen mit Polizei und Regierungstruppen kommen, brüskierte die in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten und beschwor die Entsendung polizeilicher Sicherungstruppen ins Mansfelder Land herauf. Inzwischen war jedoch aus Moskau, von Stalin unterstützt und dem bereits schwerkranken Lenin akzeptiert, der Befehl zum Aufstand gekommen. Ulbricht hatte sich wohlweislich gehütet, die Veränderung der Machtverhältnisse nach Moskau zu berichten.

„Auf zur Weltrevolution“

Als der Aufstand losbrach, war Ulbricht der festen Überzeugung, dies sei der echte Ter-

min für die Weltrevolution und er würde als Avantgardist dieser Revolution in die Geschichte eingehen. Das Ende ist bekannt. Es kam zu blutigen Kämpfen, bei denen die Kommunisten fast ihre gesamte Streitmacht und sämtliche Waffendepots verloren. Eine ungeheure Enttäuschung und Verbitterung bemächtigte sich der Parteimitglieder. Knapp zwei Wochen dauerte der Kampf. Die Zahl der Toten wurde niemals genau bekannt. Ulbricht versteckte sich in einer Dorfschenke, seine Mitgenossen gingen in die Gefängnisse. Und trotzdem gelang es ihm, auf dem 1921er Parteitag der KPD andere für seine maßlose Dummheit und Fehleinschätzung haftbar zu machen. Der Kommunist Levi wurde aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Stalin hat später andere, wie auch den KP-Terroristen Max Hölz, für Ulbrichts Niederlage umgebracht. Aber Ulbricht selbst hatte das Vertrauen seiner Anhänger und Mitstreiter verloren. Noch heute tragen ihm alte Kommunisten den „Mitteldeutschen Aufstand“ nach.

Was Lenin sagte

Lenin hat dieses Unternehmen, als er die Wahrheit erfuhr, scharf verurteilt. Niemals, so

sagte er, sei die Zeit reif gewesen für die bewaffnete Revolution. Ulbricht trage die Hauptschuld, weil er die Partei getäuscht habe und falsch informierte. Als Lenin starb, ließ man auch dieses Zitat begraben. Man findet es in keiner Parteigeschichte mehr. Und Stalin hatte Ulbricht verziehen, weil er diesen Mann anderweitig noch zu verwenden hoffte.

Jetzt spricht das „Neue Deutschland“ erstmalig wieder von Lenin im Zusammenhang mit der „Mansfelder Roten Armee“. Lenin habe die „fehlerhafte Führung des Kampfes kritisiert“ und auch die dazu geschaffene „Offensivtheorie“, die nebenbei bemerkt von Ulbricht stammt. Trotzdem ließ die SED am Sonntag ihre „Kampfgruppen“ durch Leuna marschieren, wenn auch mit dem deutlichen Akzent: „Hütet Euch vor übereilten Aktionen! Mit der Waffe in der Hand allein gewinnt man keine Politik!“

Für uns sind zwei Dinge daraus sichtbar geworden:

1. Die SED ist heute soweit, daß sie Ulbricht offen wegen seiner Fehler angreift und — dem Moskauer Kurs entsprechend — auf Lenin zurückgreift, auch wenn es gilt, einen Mann wie Ulbricht zu kritisieren.

2. Die SED hat Moskau richtig verstanden, wenn sie einsieht, daß man mit Kampfgruppen-Provokationen keine Politik gewinnen kann. Für die Maschinenpistolenträger von Leuna und andernorts ein Grund zum Nachdenken mehr!

Das heißt nicht, daß die SED eine friedliche Partei geworden ist. Aber sie beginnt, die Gefährlichkeit gewisser Provokationen zu erkennen. Möge sie das davon abhalten, die Geduld der sowjetzonalen Bevölkerung und der westlichen Welt weiter zu strapazieren!

Grotewohls Sekretärin hingerichtet

Beziehungen zur Familie Grotewohl

Berlin (DPA). Wegen angeblicher Spionage ist nach Informationen des Untersuchungsausschusses freizeithlicher Juristen die frühere Chefssekretärin in der Regierungskanzlei des Sowjetzonenministerpräsidenten Grotewohl, die 44jährige Elli Barczatis (SED) in einem Geheimprozeß zum Tode ver-

urteilt und inzwischen hingerichtet worden.

Dasselbe Schicksal traf den 51 Jahre alten Angestellten der Regierungskanzlei, Karl Laurenz.

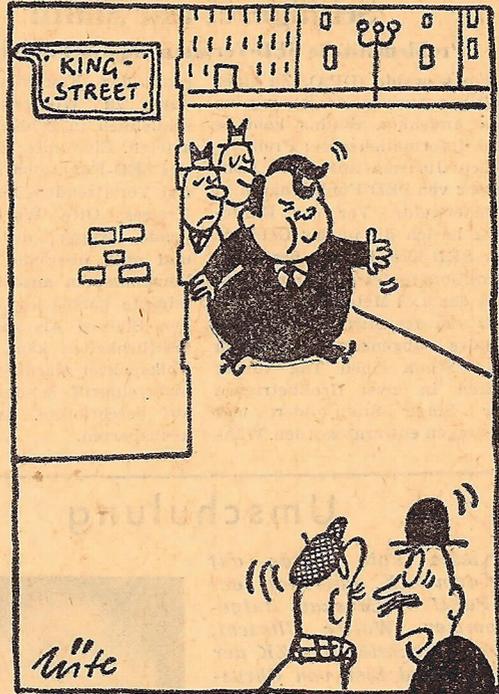
Die Hingerichteten waren am 4. März 1955 durch den Staatssicherheitsdienst verhaftet.

Das Thema Nr. 1

Pressestimmen zur Chrustschow-Rede

Berlin (AP/DPA). Die Chrustschow-Rede auf dem Moskauer Parteikongreß ist das Thema Nummer eins in der Welt-presse. Selbst in Moskau wird offen über diese Reden diskutiert, was früher nicht möglich gewesen wäre.

Ausführlich beschäftigen sich die englischen Blätter mit der Rede. Die unabhängige Zeitung „Times“ vermutet, daß das Abrücken von Stalin „zum Teil mit einem Auge auf die Meinung im Ausland getan“ sei. Der „Daily Expreß“ sieht in der Rede den Versuch, die Engländer zu überreden, an die Menschlichkeit der neuen russischen Führer zu glauben. „News Chronicle“ meint, Chrustschow ziele darauf, das große Hindernis für die kommunistische Teilnahme an den „Volkfronten“ zu beseitigen. Der „Daily Mirror“ erklärt, Chrustschow und Bulganin wollten sich kurz vor ihrem Englandbesuch offenbar reinwaschen. Der kommunistische „Daily Worker“ gibt zu, die Rede bezwecke, das Ausland günstig zu beeinflussen.



Malenkov in London: „Er ist Energiem-l-nister, und wir sind geladen!“

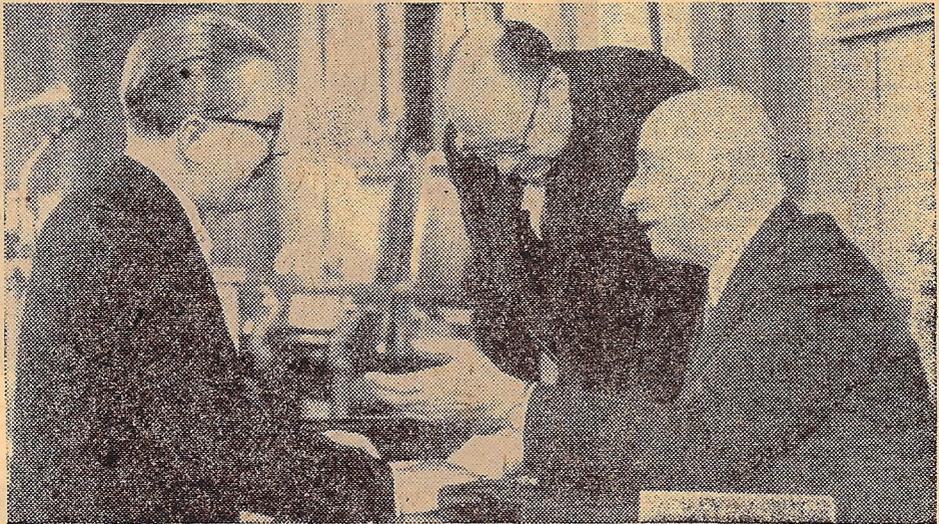


BILD DER WOCHE: Der Bundesrat tagte in Berlin. Bundesrats-Präsident von Hassel begrüßte auf der Regierungsbank die Bundesminister Merkatz und Kaiser.

Schlägerei um Stalin

Problematische SED-Versammlung in Finsterwalde

Finsterwalde (DPA). Zu einer heftigen Auseinandersetzung um das Andenken Stalins kam es nach Informationen der Freiheitlichen Juristen auf einer Konferenz von SED-Funktionären in Finsterwalde. Vor der Konferenz hatten die in das Gebäude der SED-Kreisleitung bestellten Funktionäre feststellen müssen, daß das 3×4 Meter große Stalinbild von der Stirnwand des Gebäudes abgenommen worden war. Schon einen Tag vorher waren in zwei Großbetrieben der Stadt Stalinbilder und -losungen entfernt worden. Wäh-

rend der Konferenz kam es dann zu Wortgefechten, die schließlich in Schlägereien ausarteten. Eine unter der Führung des SED-Funktionärs und früheren Vorsitzenden des Rates des Kreises, Otto Wohmann, stehende Gruppe, der sich nach und nach über die Hälfte der Versammelten anschlossen, verteidigte hartnäckig das Andenken Stalins. Als es zu Handgreiflichkeiten kam, wurde die Volkspolizei alarmiert, die aber nicht eingriff, sondern sich darauf beschränkte, das Gebäude abzusperrten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Umschulung

Dieses Foto wurde auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau aufgenommen. Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des ZK der SED, wird hier von Chruschtschow, dem 1. Sekretär des ZK der KPdSU, persönlich umgeschult. Mit energischer Handbewegung macht Chruschtschow dem Genossen aus Pankow klar, daß die Zeit des von der SED so begeistert gepflegten Stalin-Kultes nun vorbei ist. Auch über die ökonomischen Irrtümer Stalins, die von der SED bisher als geniale Weisheiten gepriesen wurden, wird Ulbricht aufgeklärt. Trotz seiner ergebenen Haltung spiegelt sein Gesicht doch die Peinlichkeit des Auftrages wider, vor der SED einen Kurswechsel zu vertreten, der seinen bisherigen Lehren grob widerspricht. Aber: Befehl ist Befehl. Ulbricht hat sich bereits auf der Bezirksdelegierten-Konferenz der SED in Ostberlin selbst verleugnet und die neue Linie ebenso gehorsam vertreten, wie er früher die falsche alte Linie vertrat.

